

EIN GRUSSWORT

Kurz vorgestellt: Alexander Bobzin

Vertrauen annehmen. Verantwortung tragen.

Alexander Bobzin

Foto: GdP MV

Alexander Bobzin, stellvertretender Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalratswahlen liegen hinter uns. Ihr habt gewählt. Für dieses Vertrauen danke ich euch herzlich. Wir nehmen diesen Auftrag ernst. Eure Themen werden unsere Mission sein – in den Dienststellen, in den Behörden und im Hauptpersonalrat.

Mit dieser Ausgabe möchte ich mich zugleich als neu gewählter stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Mecklenburg-Vorpommern vorstellen. Mein

Schwerpunkt liegt im Tarifbereich. Für mich ist klar: Eine starke GdP muss alle Beschäftigten im Blick haben. Tarifbeschäftigte, Verwaltung und Vollzug gehören zusammen. Gute Interessenvertretung gibt jeder und jedem eine Stimme.

Mein Weg hat mich über verschiedene Stationen geführt – von der Ausbildung zum Energieelektroniker über die Zeit als Unteroffizier bei der Deutschen Marine bis in meine heutige Tätigkeit im LPBK MV. Seit 2013 bin ich Mitglied der GdP, seit vielen Jahren engagiere ich mich in der Personalratsarbeit, seit Februar 2023 als Vorsitzender des örtlichen Personalrats im LPBK MV. Darüber hinaus bringe ich mich in tarifpolitische Gremien auf Landes- und Bundesebene ein.

Wie wirksam gute Personalratsarbeit sein kann, zeigt auch die Auszeichnung des örtlichen Personalrats im LPBK MV mit dem Betriebs- und Personalrätepreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Prämiert wurde die gemeinsam mit der Behördenleitung geschlossene Dienstvereinbarung zum Umgang mit Konflikten. Zusammen mit der Vertrauens-

person der schwerbehinderten Menschen im LPBK MV, Roxana Boldt, und der stellvertretenden Direktorin des LPBK MV, Melanie Koch, durfte ich den Preis entgegennehmen. Für mich ist diese Auszeichnung Anerkennung

und Ansporn zugleich. Denn gute Personalratsarbeit lebt von Zusammenhalt, Vertrauen, Fachlichkeit und dem Willen, auch in schwierigen Fragen tragfähige Lösungen zu finden. Sie braucht Klarheit in der Sache, eine gute Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung und der Behördenleitung – und sie braucht Wissen, Qualifikation und Fortbildung.

Genau dafür will ich mich weiter einsetzen: für faire Arbeitsbedingungen, verlässliche Regelungen, gute Entwicklungsperspektiven und einen respektvollen Umgang im Arbeitsalltag. Gerade im Tarifbereich braucht es eine starke Stimme, Beharrlichkeit und einen klaren Blick für die Interessen der Beschäftigten.

Ich freue mich darauf, diese Verantwortung nun auch im Landesvorstand der GdP MV zu übernehmen. Das Vertrauen aus den Wahlen ist für mich Verpflichtung. Ich werde mich mit Klarheit, Offenheit und Nachdruck für die Belange aller Beschäftigten einsetzen. Vielen Dank für euer Vertrauen. ■

„Eine starke GdP muss alle Beschäftigten im Blick haben.“

„Für faire Arbeitsbedingungen, verlässliche Regelungen und gute Entwicklungsperspektiven im Arbeitsalltag.“

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern**Geschäftsstelle**
Gadebuscher Straße 125
19057 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.**Redaktion**
Markus Stach
E-Mail:
Markus.stach@gdp.de
Landesredaktion-MV@gdp.deInstagram:
@gdp_mv
@junge_gruppe_gdp_mv
@gdp_mv_frauengruppeFacebook:
@gdp_mv



Der neue geschäftsführende Landesvorstand

9. LANDESDELEGIERTENTAG**Das sind wir!**

Neuer geschäftsführender Landesvorstand nimmt Arbeit auf

Kristin Frosch

Mit dem 9. Ordentlichen Landesdelegiertentag der GdP Mecklenburg-Vorpommern in Rostock beginnt für den Landesbezirk ein neuer Abschnitt. Unter dem Motto „Polizei stärken – Zukunft gestalten“ haben die Delegierten den neuen geschäftsführenden Landesvorstand gewählt.

Zur neuen Landesvorsitzenden wurde Kristin Frosch gewählt. An ihrer Seite übernehmen Christian Schumacher, Alexander Bobzin und Sebastian Weise Verantwortung als stellvertretende Landesvorsitzende. Dabei wird Christian Schumacher seinen Schwerpunkt im Beamten- und Besoldungsrecht setzen, Alexander Bobzin im Bereich Tarif und Sebastian Weise im Bereich Organisation.

Marco Bialecki führt weiterhin die Kasse, Noreen Koch wurde zur Schriftführerin gewählt. Komplettiert wird der geschäftsfüh-

Welche Themen mit den Politikern besprochen wurden, lest ihr in der DP Online.

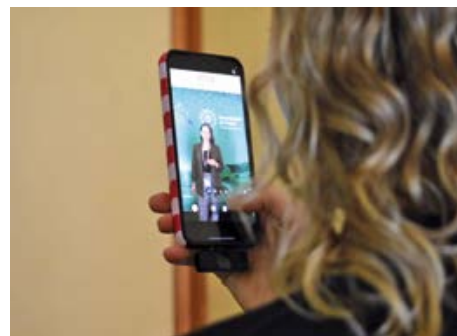
rende Landesvorstand durch Anja Stolzenburg, Sandra Konkol, Markus Stach, David Berner, Jörn Liebig und Tony Orglmeister.

Nach der Wahl werden auch die Aufgaben im Vorstand neu geordnet. Bereits festgelegt ist: Anja Stolzenburg übernimmt den Rechtsschutz, Markus Stach die Aufgabe als Landesredakteur, Sandra Konkol die Frauenarbeit sowie den Fachausschuss Kriminalpolizei, David Berner die stellvertretende Kasse, Tony Orglmeister die stellvertretende Schriftführung und Jörn Liebig die Bereiche Senioren und Versorgung.

Damit stellt sich der neue Vorstand fachlich breit auf und verteilt Verantwortung auf mehrere Schultern. Ziel bleibt eine verlässliche, ansprechbare und handlungsfähige GdP MV – nah an den Mitgliedern und klar in der Sache.

Konkrete Informationen zu den Menschen, Zuständigkeiten und Aufgaben des neuen geschäftsführenden Landesvorstandes sind auf der Internetseite der GdP MV abrufbar.

Der Landesdelegiertentag hat dafür den Auftrag gegeben. Jetzt gilt es, ihn mit Leben zu füllen: Polizei stärken. Zukunft gestalten. ■







Ihr habt gewählt!

Der Landesvorstand

Foto: GdP MV



Die Personalratswahlen 2026 liegen hinter uns und wir sagen DANKE!

Danke für das Vertrauen in unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Danke an alle Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimme abgegeben und damit deutlich gemacht haben: Mitbestimmung lebt davon, dass wir sie gemeinsam stark machen.

Wir gratulieren allen Gewählten herzlich und wünschen ihnen für die kommende Amtszeit Kraft, Klarheit und eine gute Hand für die wichtigen Entscheidungen, die vor uns liegen. Ein besonderer Dank gilt den Wahlvorständen sowie allen Helferinnen und Helfern, die mit großem Engagement dafür gesorgt haben, dass diese Wahl

vorbereitet, begleitet und durchgeführt werden konnte.

Für uns ist dieses Wahlergebnis Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wir werden eure Themen zu unserer Mission machen, sie in die Gremien tragen und uns dort sachlich, klar und beharrlich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Vertrauen ist gut. Personalrat ist besser. Genau deshalb werden wir weiter zuhören, dranbleiben und Verantwortung übernehmen.

Weitere Informationen sowie eine Auswertung der Wahlergebnisse folgen in der kommenden Ausgabe. ■



Hallo, ich bin die Neue ...

Ich bin die neue Ansprechpartnerin im Bereich Rechtsschutz. Auf dem Landesdelegiertentag am 22. April wurde ich in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Mein Name ist Anja Stolzenburg, ich bin 47 Jahre alt, verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Ich bin seit fast 29 Jahren Polizistin in der Landespolizei und Mitglied in der GdP – und zukünftig hauptsächlich für eure Rechtsschutzanfragen zuständig. Dienstlich bin ich im PP Neubrandenburg/PI Anklam angebunden. Ich habe im Laufe meiner dienstlichen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten viele Perspektiven kennengelernt und vor allem viele Kolleginnen und Kollegen mit ihren ganz eigenen Herausforderungen. Was mich dabei immer bewegt hat: dass sich jede und jeder von uns darauf verlassen können muss, nicht allein zu sein. Gerade dann, wenn es schwierig wird. Seit über zehn Jahren begleite ich als Personalrätin oder auch als Vertrauensperson die Thematik Disziplinarverfahren. Ich sehe, was das mit Menschen macht – sehe die Unsicherheit, den Druck, manchmal auch die

Angst. Ich kenne viele Sorgen der Kolleginnen und Kollegen – und ich weiß, wie wichtig es ist, dass sie sich auf ihre Gewerkschaft verlassen können, gerade wenn es ernst wird. Deshalb liegt mir das Thema Rechtsschutz besonders am Herzen. Auf dem Landesdelegiertentag konnte ich bereits Kontakte zum DGB-Rechtsschutz knüpfen. Hier sind Volljuristinnen und -juristen tätig, die sich unter anderem im Beamten- und Arbeitsrecht sehr gut auskennen und bereits viele Erfolge vor Gericht für unserer Mitglieder erwirken konnten. Und auch, wenn aus verschiedenen Zwängen und Sachlagen heraus vielleicht nicht jeder Antrag angenommen werden kann, so stehe ich für Transparenz und eine gute Kommunikation mit Betroffenen. Dank der strukturierten Übergabe und kurzen Einarbeitung durch unseren langjährigen Verantwortlichen für den Bereich Rechtsschutz, Jörn Liebig, fühle ich mich gut vorbereitet. An der bewährten Verfahrensweise ändert sich vorerst nichts. Eure Anträge erreichen uns über den Kreisgruppenvorstand und in der Folge über un-



Foto: GdP MV

Anja Stolzenburg

sere Geschäftsstelle der GdP MV. Vermerkt auf den jeweiligen Anträgen gern eure telefonische Erreichbarkeit, um zeitnah eine Kontaktaufnahme möglich zu machen. ■



BAO TIMMY – AUS DER KATEGORIE: BESONDERE EINSÄTZE BENÖTIGEN BESONDERE BETREUUNG

Die Walwache

Der Einsatz rund um die Walwache vor Poel hat über die Osterfeiertage und darüber hinaus viele Kolleginnen und Kollegen gefordert. Was für viele Menschen ein langes Feiertagswochenende war, bedeutete für unsere Einsatzkräfte ungeplante Dienste, verlängerte Schichten und zusätzliche Belastungen im ohnehin angespannten Dienstag.

Besonders gefordert waren die Kolleginnen und Kollegen des Streifeneinzeldienstes und der Wasserschutzpolizei, die zusätzlich zu ihren regulären Aufgaben weitere Einsatzstunden leisten mussten. Gerade an Feiertagen und in den Tagen danach stellen solche besonderen Lagen eine erhebliche Herausforderung dar. Wenn Kräfte gebunden werden, wirkt sich das unmittelbar auf die Dienstplanung, die Belastung im Team und die Vereinbarkeit von Einsatz und Privatleben aus.

Hinzu kamen das besondere öffentliche und das mediale Interesse an der Lage vor Ort. Viele Menschen verfolgten das Geschehen mit großer Anteilnahme, Betroffenheit und Emotionalität. Zugleich musste auch der hohe Medienandrang bewältigt werden. Für unsere Kolleginnen und Kollegen bedeutete das nicht nur, ihre Einsatzaufgaben professionell zu erfüllen, sondern zugleich auch im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern jederzeit ansprechbar, empathisch und bürgernah zu bleiben. Gerade dieser sensible Umgang in einer emotional aufgeladenen Situation sowie der professionelle Umgang mit der hohen medialen Aufmerksamkeit haben vielen zusätzlich viel abverlangt.



Fotos: GdP MV

Unsere GdP war über Ostern vor Ort und hat die Walwache begleitet. Dabei wurde deutlich, mit welchem hohen Engagement die Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben auch unter besonderen Bedingungen wahrnehmen. Unterstützung kam über Ostern von den Kräften der Bereitschaftspolizei. Das zeigt, dass solche Lagen nur durch das Zusammenspiel verschiedener Bereiche zuverlässig bewältigt werden können.

Zu dieser Einsatzbewältigung gehörten auch die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die oft im Hintergrund wirken und dennoch unverzichtbar sind. Als unsichtbare Stützleistung haben sie die Versorgung der Einsatzkräfte rund um die Uhr sichergestellt und damit einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Einsatzes geleistet. Auch das ist Teamarbeit: Einsatzlagen dieser Art werden nicht allein an der Einsatzstelle bewältigt, sondern ebenso durch diejenigen, die im Hintergrund organisieren, koordinieren und verlässlich den Rahmen schaffen, damit der Einsatz draußen überhaupt funktionieren kann.

Maria und Andre von der Kreisgruppe Nordwestmecklenburg nutzten die Gelegenheit, um mit kleinen Leckereien ein Zeichen der Wertschätzung zu setzen. Als Personalräte wissen beide, was es für Beschäftigte bedeutet, wenn aus geplanten Feiertagen kurzfristig Dienst wird und wenn sich besondere Einsatzlagen nicht auf wenige Stunden beschränken, sondern über mehrere Tage andauern.

Gerade solche zusätzlichen Anforderungen sind für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen deutlich spürbar. Neben dem eigentlichen Einsatzgeschehen mussten sie auch der großen Anteilnahme der Menschen vor Ort und dem erheblichen medialen Interesse gerecht werden. Umso wichtiger ist es, die Leistung aller Beteiligten sichtbar zu machen und anzuerkennen.

Unser Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die über Ostern und auch in den Tagen danach zusätzliche Verantwortung übernommen haben – im Streifeneinzeldienst, in der Wasserschutzpolizei, Bereitschaftspolizei, Kriminalpolizei und in der Verwaltung. Ihr gemeinsamer Einsatz verdient Respekt und Anerkennung. ■





STARKE ÜBUNG. STARKER VERBUND. STARKER ZUSAMMENHALT.

Nordverbandsübung Munster

1.600 Kräfte der Bereitschaftspolizeien haben länderübergreifend die Bewältigung unterschiedlichster Einsatzlagen trainiert. Solche Übungen sind wichtig, um Zusammenarbeit, Abläufe und Führungsstrukturen im Ernstfall weiter zu stärken.

Gleichzeitig waren diese Tage eine gute Gelegenheit zur Vernetzung und zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Beteiligt waren Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, die Bundespolizei, Schleswig-Holstein und die Bundeswehr. Ausrichter war natürlich die Polizei MV.

Kräfte aus den Polizeipräsidien sowie die Nachwuchskräfte der FHöVPR MV haben die Übung unterstützt.

Der stellvertretende Vorsitzende der GdP MV, Christian Schumacher, war als Vertreter des Hauptpersonalrates vor Ort. Er hat



Foto: GdP MV

sich ein Bild von der Übung und den guten Rahmenbedingungen für die Einsatzkräfte gemacht.

Gerade bei dynamischen Lagen kommt es auf realitätsnahes Training an. Dabei können auch unvorhergesehene Situationen entstehen, die ein solches Übungsgeschehen besonders wertvoll machen.

Wir hoffen, dass alle verletzten Kolleginnen und Kollegen wieder wohlauf sind.

Ein großes „Chapeau!“ für den Mut und das Engagement geht an den Chef der Bereitschaftspolizei, Michael Ebert, für die größte Übung im Nordverbund. Ebenso ein herzliches Dankeschön an alle, die diese Übung möglich gemacht haben.

Als Erinnerung an diese besonderen Tage wurde das passende Patch gern durch die GdP finanziert. ■

WAS IST LOS AN DER FH?

§ 14 ist zurück! Aufstieg beginnt gemeinsam

Josefin Albrecht

Der Wechsel in die nächsthöhere Polizeilaufbahn kann ein großer Kraftakt sein, denn nach vielen Jahren im Dienst heißt es wieder, die Schulbank zu drücken: neue Aufgaben, neue Leute, neue Ziele. Umso schöner ist es, wenn einem der Einstieg in den „Schulalltag“ ein wenig erleichtert wird. So haben wir als GdP (KG Rostock) am 13. April an der FH Güstrow einen Willkommensbrunch für den §14-Studiengang mit unseren 54 Kolleginnen und Kollegen veranstaltet – als Dankeschön, als Zeichen

der Wertschätzung und um zu zeigen: Wir sind für euch da.

Rund 200 Bewerberinnen und Bewerber stellten sich dem anspruchsvollen Auswahlverfahren, in dem sich unsere Kolleginnen und Kollegen erfolgreich durchsetzen konnten. Nun starten sie für neun Monate in den Studiengang.

Für uns hieß es deshalb ab 7:30 Uhr: Kaffee kochen, Brötchen und Suppe holen, Obstteller anrichten und einen schlichten Schulungsraum in einen gemütlichen Ort für Begegnung und Austausch verwandeln.

Unser stellvertretender Landesvorsitzender Christian Schumacher richtete herz-

liche Worte zur Begrüßung an die Anwesenden. Danach hieß es für alle: ankommen, kennenlernen und genießen – guten Appetit!

All das wäre ohne die rege Beteiligung der Kreisgruppen nicht möglich gewesen. Ein besonderer Dank gilt dabei der Kreisgruppe der Fachhochschule. Auch die verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen rund um den § 14 haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Veranstaltung so unbürokratisch, schnell und flexibel stattfinden konnte.

Wir hatten alle viel Freude dabei und waren uns einig: Es gibt Wiederholungsbedarf. ■



Vertreter der KG Rostock: Michael Krumm, Christian Schumacher, Daniel Zeschmar, Josefin Albrecht, Jan Behrendt, Tony Orglmeister (von links)



Foto: GdP MV

Daniel Zeschmar mit dem §14-Verantwortlichen Leo Jankowski



» 30 Tage Krankheit im Schnitt sind kein Ausdruck von ‚subjektivem Empfinden‘, sondern das Resultat einer chronisch überlasteten Struktur.

Kristin Frosch
vertrat die Aussagen
von Christian
Schumacher im
Nordmagazin.



Foto: GdP MV

GEHT'S NOCH?

Offenbarungseid des Innenministeriums

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern reagiert mit scharfer Kritik auf die Antworten der Landesregierung zur Lage der Landespolizei (Drucksache 8/6288). Angesichts mangelnder Statistiken zu Überlastungsanzeigen und der Relativierung massiver Krankenstände warnt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher vor einem drohenden Systemkollaps. Schwerin, 17. April 2026.

Statistischer Blindflug bei Überlastung

„Es ist ein skandalöser Offenbarungseid: Das Ministerium hat und will wohl keinen Überblick darüber, wo und warum die Kolleginnen und Kollegen unter der Last zusammenbrechen. Wer keine Daten erhebt, will das Problem schlichtweg nicht sehen und lässt die Dienststellen im statistischen Blindflug allein“, kritisiert Christian Schumacher.

Krankenstand von 30 Tagen ist kein „subjektives Empfinden“

Besonders empört zeigt sich die Gewerkschaft über die Einstufung von Arbeitsbelastung als primär „subjektives Empfinden“ durch die Landesregierung. In der Krimi-

nalpolizei des Polizeipräsidiums Neubrandenburg liegt der Krankenstand bei durchschnittlich fast 30 Kalendertagen pro Jahr.

Schumacher stellt klar: „30 Tage Krankheit im Schnitt sind kein Ausdruck von ‚subjektivem Empfinden‘, sondern das Resultat einer chronisch überlasteten Struktur. Die Landesregierung versucht hier, ein handfestes strukturelles Problem zu einem individuellen psychologischen Defizit der Beamten umzudeuten. Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der trotz Krankheit versucht, den Laden am Laufen zu halten.“

Lehren aus dem „Fall Heringsdorf“ gezogen?

Der Fall um 52 verschleppte Ermittlungsverfahren am Amtsgericht Greifswald offenbarte, dass Kontrollmechanismen versagten, weil Beamte im elektronischen System Manipulationen vornehmen konnten. Dass die Landesregierung dennoch von „erprobten Strukturen“ spricht, ist für die GdP nicht nachvollziehbar.

„Wir können es nicht verantworten, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Ernst-

» Wer Belastung zur Kopfsache erklärt, spielt mit der Sicherheit im Land.

fall zum Sündenbock für politisches Versagen und chronische Unterfinanzierung gemacht werden. Wenn ein ‚Leistungsträger‘ im System verschwindet, weil die Fachaufsicht auf blindem Vertrauen basiert und die Technik versagt, dann ist das System am Ende. Wir brauchen kein weiteres ‚Eruieren von Maßnahmen‘, sondern eine echte Personalreserve und eine Technik, die Manipulationen ausschließt.“

Forderungen der GdP MV

- Umgehende Einführung einer landesweiten Dienstvorschrift zum Umgang mit Überlastungsanzeigen.
- Kompensation der massiven Ausfälle durch Langzeitkranke und Elternzeit (allein im PP Neubrandenburg ca. 80–90 Beamte pro Jahr).
- Bereitstellung finanzieller Mittel, um modernste Informations-, Kommunikations- und Forensiktechnik und -systeme beschleunigt beschaffen zu können.

„Die Sicherheit unserer Gesellschaft darf kein Spielball finanzieller Zwänge sein. Wer den Rechtsstaat schützen will, muss zuerst diejenigen schützen, die ihn jeden Tag durchsetzen“, so Schumacher abschließend. ■

Ist der Schutz von Kindern nicht finanzierbar?

Der Landesvorstand

Die veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2025 zeigt einen Anstieg bei Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung kinderpornografischer Inhalte. Um eine hohe Aufklärungsquote zu halten und dem Phänomen zu begegnen, braucht es eine zeitgemäße Ausstattung der Kriminalpolizei.

Seit Jahren steigen die quantitativen und qualitativen Anforderungen im Ermittlungsbereich zur Bekämpfung der Kinderporno-

grafie. Die Fallzahlen steigen Jahr für Jahr. Im ersten Quartal 2026 wurde erneut ein neuer Höchststand beim Eingang von Hinweisen der Internetanbieter erreicht. Gleichzeitig wird die von den Tätern genutzte Technik immer komplexer. Dadurch erhöht sich nicht nur die Anzahl der Ermittlungsverfahren, sondern auch der Umfang und die Tiefe steigen in jedem einzelnen Verfahren. Um mit diesen Entwicklungen Schritt halten und den Tätern etwas entgegenzusetzen zu können, hat die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern geplant, die sachbearbeitenden und digitalforensischen Dienststellen technisch

neu auszurüsten und zu vernetzen. So sollten die Dienststellen in die Lage versetzt werden, gemeinsam agieren zu können. In 2020 wurde der Landespolizei zur Umsetzung ein Sondervermögen in Höhe von 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zusätzlich erfolgte in 2025 die Bereitstellung von 1,2 Mio. Euro Verstärkungsmitteln zur Fortführung des Projektes. Mit diesen Finanzmitteln wurden, neben der Beschaffung von Hard- und Software auf Ebene der vier Kriminalpolizeiinspektionen und des Landeskriminalamtes, lokale IT-Netzwerke geschaffen. Abschließend sollen diese fünf Komponenten zu einer gemeinsa-



„Ein wichtiges Projekt zur Bekämpfung der Kinderpornografie drohte zu scheitern!

„Die Menge der im Internet verbreiteten Kinderpornografie wird nicht sinken, sondern nur die Anzahl der Hinweise darauf!

Quellen: Ministerium für Inneres und Bau MV, PM Nr. 70/2026 vom 24. März 2026



Polizeiliche Kriminalstatistik 2025: Kriminalität sinkt, Aufklärungsquote bleibt auf hohem Niveau

men IT-Infrastruktur zusammengeführt werden. Dieses Projekt droht nun auf der Zielgeraden zu scheitern. Der wichtigste Schritt, die Vernetzung der Dienststellen untereinander, wird offensichtlich zunächst aufgrund fehlender Finanzmittel sowie personeller Engpässe pausiert und es droht letztendlich der Abbruch des Projektes. Dies führt u. a. dazu, dass die mit der Bekämpfung der Kinderpornografie befassten Dienststellen weiterhin, wie schon vor 30 Jahren, ihre Daten untereinander mit per Kurier versandten Datenträgern austauschen müssen. Somit können beispielsweise Bild- und Videomaterial weiterhin nur unzureichend abgeglichen werden, um damit Zusammenhänge zu erkennen und Ermittlungen effizient führen zu können. Insbesondere unter Beachtung der aktuellen politischen Entwicklung, dass es den amerikanischen Internetanbietern unter sagt wird, ihnen bekannt gewordene Straftaten nach Europa zu melden, ist es notwendig, den Ermittlern Werkzeuge an die Hand zu geben, um diesem Defizit zu begegnen. Denn die Menge der im Internet verbreiteten Kinderpornografie wird nicht sinken, sondern nur die Anzahl der Hinweise darauf! Die Landesregierung muss daher zum Schutz der Kinder dringend mehr Ressourcen in die Entdeckung dieser Taten investieren. Mit dem derzeitigen Projektstand konnte zwar eine Verbesserung der IT-Ausstattung vor Ort erreicht werden. Das Ziel, eine Optimierung der Bekämpfung der Kinderpornografie durch Verbesserung der IT-Infrastruktur, ist ohne die Vernetzung der dezentral geschaffenen Netzwerke jedoch nicht erreicht.

Ebenso scheitert damit neben der optimierten Bekämpfung der Kinderpornografie die Gelegenheit, ein erstes Schmutzdatennetz für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung zu stellen und damit gleichsam die Digitalisierung selbiger durch Vernetzung voranzubringen.

Unsere gewerkschaftliche Forderung

Wir begrüßen ausdrücklich, dass nach langem Ringen die notwendigen finanziellen Mittel im Rahmen eines Verstärkungsmittelantrages bereitgestellt werden sollen, um das Projekt durch die zentrale Zusammenführung der lokalen Lösungen zwingend finalisieren

zu können. Damit wird ein wichtiger Schritt getan, um die bislang geschaffenen Strukturen endlich wirksam miteinander zu vernetzen. Für uns ist aber ebenso klar: Projekte dieser Bedeutung dürfen künftig nicht erst auf der Zielgeraden um ihre Finanzierung kämpfen müssen. Sie müssen von Beginn an verlässlich, planbar und vollständig ausfinanziert werden, damit sie abgeschlossen werden können und ihre Wirkung an der Basis entfalten. Innenminister Christian Pegel und Finanzminister Dr. Heiko Geue stehen hier gemeinsam in der Verantwortung. Wir fordern beide Ressortchefs auf, nicht nur die vollständige technische Umsetzung dauerhaft sicherzustellen, sondern jetzt auch den nächsten notwendigen Schritt zu gehen: die personelle Entlastung der Polizeivollzugskräfte. Gerade in hoch spezialisierten Bereichen wie der Bekämpfung der Kinderpornografie ist der Einsatz qualifizierter Tarifbeschäftigter in speziellen Verwendungen dringend erforderlich. Sie können Polizeivollzugskräfte wirksam entlasten, Arbeitsabläufe stabilisieren und dazu beitragen, dass vorhandene Fachkompetenz zielgerichtet eingesetzt wird. Dafür müssen die bereits im vergangenen Jahr aufgezeigten Rahmenbedingungen verbindlich sichergestellt werden. Dazu gehören klare Aufgabenprofile, rechtssichere Zuständigkeiten, angemessene Eingruppierungen, belastbare Qualifizierungswege sowie eine dauerhafte Finanzierung der Stellen. Wer den Schutz von Kindern ernst nimmt, muss nicht nur in Technik investieren, sondern auch in das Personal, das diese Technik dauerhaft und wirksam nutzbar macht. ■

